Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

27 (17.1.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 27 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Donnerstag, 17. Januar 1918** — **77. Jahrgang.** — **Mittagsblatt.**

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Italienische Angriffe abgewiesen. — Ein Vorstoß leichter deutscher Seestreitkräfte in der Nordsee.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Am Westhange des Monte Pertica scheiterten gestern nachmittag mehrfache Angriffe der Italiener. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 16. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich des Col del Rosso abgewiesen. An der Brenta setzte der Italiener seine vergebliche Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Westufer des Monte Pertica stürmte der Gegner dreimal gegen unsere Linien. Jedesmal brach der Ansturm bereits in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer verlustreich zusammen. Südlich des Monte Fontana Secca wurden feindliche Angriffsversuche im Keime erstickt. An dem unteren Piave vielfach lebhafte Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabs.

Ereignisse zur See.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Am 14. und 15. Januar unternahmen leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an. Trotzdem sie nördlich der Themsemündung dicht unter der englischen Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Anlagen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksames Artilleriefeuer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

WTB. Rotterdam, 16. Jan. „Maasbode" meldet: Der Segler „Johuand Dille" ist gestrandet und wrack, der belgische Dampfer „John" ist nach einem Zusammenstoß gesunken, der französische Segler „Phoebe" ist infolge Sturm gesunken. Das Motorschiff „John Webbs" ist gesunken. Der schwedische Segler „Ydun" ist gestrandet und wrack. Der amerikanische Dampfer „Codorus" (2166 Tonnen) ist gestrandet und gilt als verloren. Der amerikanische Schleppdampfer „Corning" ist gesunken. Der englische Dampfer „Aurora" (580 Tonnen) und der russische Segler „Balwa" (234 Tonnen) werden vermißt.

WTB. Bern, 15. Jan. Einer Melbourner Meldung der in Paris erscheinenden „Chicagoer Tribune" kündigt die australische Admiralität an, daß letzthin eine Anzahl Kauffahrteischiffe von großem Tonnengehalt in den australischen Gewässern durch treibende Minen vernichtet wurden. In diesen australischen Gewässern sollen treibende Minen, die angeblich von neutralen Schiffen gelegt worden sein sollen, sehr zahlreich sein.

WTB. Bern, 16. Jan. „Petit Parisien" meldet aus Brest: Der Fischdampfer „St. Mathieu" wurde nach heftigem Feuerkampfe von einem U-Boot versenkt. Drei Mann von der Besatzung sind tot, mehrere sind verletzt.

WTB. Amsterdam, 16. Jan. Die niederländische Tel.-Ag. meldet aus Rotterdam, daß der Dampfer „Westolden" 15 Meilen nordwestlich von Scheveningen gesunken sei. Man wisse nicht, ob das Schiff torpediert wurde, oder auf Minen gelaufen ist. Von den 18 Mann der Besatzung wurden 12, darunter zwei schwer, verwundet in Scheveningen gelandet. Auch ein Toter wurde ans Land gebracht.

Die Verluste der englischen Kriegsflotte.

(!) Berlin, 17. Jan. Wie dem „Berl. Lokalanz." von der schweizerischen Grenze gemeldet wird, erfährt das „Berner Tagblatt" aus London: Der Flottenkorrespondent der „Daily News" beziffert die Verluste der englischen Kriegsflotte im Jahre 1917 auf 33 Einheiten. Im letzten Vierteljahr war der Verlust sechsmal so groß wie im ersten Quartal. Die starke Steigerung wird auf die Geleitzüge von Handelsschiffen zurückgeführt, die durch Kriegsschiffe geschützt werden müssen, wodurch die letzteren erhöhten Gefahren ausgesetzt werden.

Die amerikanische Armee.

WTB. Washington, 16. Jan. Reuter. Auf Ersuchen des Kriegsdepartements brachte der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats Chamberlain ein Gesetz ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht hätten. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderung des obersten Marschalls General Crowder zur Ausführung zu bringen, solange der Krieg dauert, 700 000 Mann in die Armee einzustellen.

Die Engländer in Archangelsk.

(!) Berlin, 17. Jan. Das „Berl. Tagebl." meldet von der schweizerischen Grenze: Der russische Mitarbeiter des Berner „Bund" erfährt aus Helsingfors, daß die Engländer noch immer über die Radiostation in Archangelsk verfügen, von wo aus das Reutersche Büro und die Agence Havas ihre Berichte über die Lage in Rußland nach Westeuropa gelangen lassen.

Die Entscheidung Kurlands.

Es ist bisher durch die Regierung viel zu wenig in der Richtung geschehen, das deutsche Volk darüber aufzuklären, in welcher unanfechtbaren Form sich Kurland und die anderen von uns besetzten Gebiete an der Ostsee gegen ihre Zugehörigkeit zu Rußland und für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen haben. Man macht sich auch im deutschen Volke gar keine Vorstellung davon, wie die Bevölkerung der besetzten Gebiete selbst über diesen Punkt denkt, und wie völlig falsch und verhängnisvoll es wäre, dem Wunsch der Russen bei einer nochmaligen Abstimmung auch nur im geringsten Folge zu geben. Es wird unter diesen Umständen erwünscht sein, die Darstellung kennen zu lernen, die uns in der nachstehenden Form von Herrn Silvio Broederich, einem bekannten Deutschbalten aus Kurmahlen, über die Verhältnisse in Kurland zur Verfügung gestellt werden.

Der Landtag der kurländischen Ritter- und Landschaft, der die Vertretung des gesamten Grundbesitzes im Lande darstellt, hat nach russischem Staatsrecht das Recht der gesetzgeberischen Initiative. Seit 1880 hat er sich vielfach an die russische Regierung gewandt mit Gesetzesvorschlägen, welche die Erweiterung des Landtages zur Vertretung der gesamten Bevölkerung herbeiführen sollte. Die russische Regierung hat das immer abgeschlagen, um den Zusammenschluß der deutschen Oberschicht und des lettischen Landvolkes zu verhindern, da die Zentralgewalt in Petersburg einsah, daß dann jede Russifizierung des Gebietes unmöglich wurde. Mitte September 1917 wandten sich nun die Vertreter der Ritterschaft an die Ober-Ost-Regierung mit der Bitte, den Landtag einberufen zu dürfen, um eine Landesversammlung auf der Grundlage eines von ihr einzuleitenden Wahlverfahrens zusammentreten zu lassen. Die Ober-Ost-Regierung hat das bewilligt und der Landtag hat dann eine Vorlage angenommen nach der ebensoviel Vertreter der lettischen ländlichen Bevölkerung zu dem Landtag zugewählt werden sollten, wie Vertreter des Großgrundbesitzes vorhanden waren. Ebenso sollten die Städte in dieser Landesversammlung vertreten sein, ferner Vertreter der Geistlichkeit, wodurch namentlich auch eine Vertretung der katholischen Geistlichkeit im Lande zustande kommen sollte. Es sind nun in allen Kreisen des Landes Versammlungen einberufen worden, die aus den Gemeindevorständen sämtlicher Gemeinden zusammengesetzt waren, wobei zu bemerken ist, daß die Gemeindevorsteher nach der Gemeindeordnung Vertreter der gesamten Gemeinde sind, sowohl der besitzenden wie der besitzlosen Einwohner. In diesen Versammlungen der Gemeindevorsteher sind die Wahlen vollzogen worden. Es war ihnen ein Aufruf des bisherigen Landtags zugegangen, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die deutsche Okkupationsregierung gestattet habe, was die russische Regierung im Laufe der letzten 35 Jahre immer wieder abgelehnt hatte: nämlich die Vertreter der gesamten Bevölkerung zum Landtag heranzuziehen. In der so gewählten, aus einigen 80 Abgeordneten bestehenden Landesversammlung wurde nun einstimmig von den deut-

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(8) (Nachdruck verboten.)

„Ja, Liebling, ich bin auch der Ansicht, daß es eine Genugtuung ist" und Astrid dachte dabei an einen, dessen Geschick ebenfalls von ihrem Vater abhing.

„Ist Mama fertig?" fragte sie dann.

„Noch lange nicht! Du kennst sie doch! Cäcilie hat ihre liebe Not mit ihr! Ich bin neugierig, wen man mir als Tischherrn zugedacht hat! Hoffentlich hat Gräfin Adelheids Verlobter nette Kameraden."

„Nun, daran ist nicht zu zweifeln, Kleinchen!" lächelte Astrid. Sie war immer ein wenig gönnerhaft der Schwester gegenüber, die trotz ihrer 19 Jahre noch etwas Kindliches, Unfertiges an sich hatte.

„Auf Peter Westenfeld bin ich gespannt! Er soll dem alten Herrn jährlich eine Menge kosten."

„Woher weißt du?"

„Bruder Kurt ist doch immer von allem unterrichtet! Er sagte auch, daß der Verlobte Adelheids, der Baron Günzingen, große Schulden habe! Und wir beide sollten heute abend auf dem „Qui vive" sein — denn nach den Töchtern des Geheimrats Vermehren sei man wie die Fliegen nach dem Zucker."

„Die Töchter des Geheimrats Vermehren werden allein wissen, was sie zu tun haben; dazu bedarf es der brüderlichen Warnung nicht! Kurt ist ein Schwätzer," sagte Astrid in hochfahrendem Ton. „Doch komm, Kleine, zu Papa, ich bin fertig! Du weißt, er hat es gern, wenn wir uns ihm bei seiner knappen Zeit widmen."

Die beiden jungen Damen begaben sich in das untere Stockwerk, in dem sich außer den Gesellschaftsräumen auch das Empfangszimmer des Geheimrats befand.

Ohne weiteres lief Ursula voraus und öffnete die schwere Flügeltür zu dem Arbeitsraum des Vaters. Sie stutzte. „Verzeih Papa, ich glaubte, du seiest allein" — denn eine schlanke Männergestalt hatte sich jetzt bei ihrem Eintritt erhoben — „ah, Herr Doktor Rehfeld — Sie! Schon wieder Konferenzen mit Papa!" warf sie leicht hin.

„Noch immer, gnädiges Fräulein!" entgegnete der Angeredete, sich verneigend. „Darf ich mich jetzt verabschieden, Herr Geheimrat?"

„In jener Anelegenheit sprechen wir noch einmal, Herr Doktor! Sie sind sehr hartköpfig, mein Lieber! Ich lasse Sie in den nächsten Tagen anrufen, wann es mir paßt!"

Der Geheimrat war schon im Frack. Freundlich reichte er seinem Besucher die Hand.

Astrid stand dicht neben der Tür, schlank, schön kühl und weiß wie die Lilie die sie im Gürtel trug. Mit stummem, hochmütigem Gruß dankte sie auf die ehrerbietige Verneigung des Arztes, über ihn hinwegsehend — und dennoch hatte sie wohl seinen überraschten, bewundernden Blick auf ihre glänzende Erscheinung bemerkt. Sie lächelte. Wie eine kleine schillernde Schlange lief dieses Lächeln um ihre Lippen, und sie freute sich ihrer Schönheit, die „herrlicher als Salomo in seiner Herrlichkeit anzuschauen" war. Diese seine Worte fielen ihr ein.

„Was wollte dieser Doktor Rehfeld noch bei dir, Papa?" fragte sie mit ihrer ruhigen, tiefen, wohllautenden Stimme. „Es ist doch jetzt keine Zeit mehr, Besuche zu machen!"

„Gemach, liebes Kind, ich hatte ihn telephonisch herbestellt! Er ist ein anspruchsvoller, unruhiger Mensch, der mit immer neuen Wünschen für seine Patienten kommt. Aber er ist ein tüchtiger Mensch ohne Zweifel, der genau weiß, was er will — und solche Menschen schätze ich. Er möchte eine Walderholungsstätte, eine Art Krankenhaus, dort im Walde bauen — den Grafen Westenfeld hat er für seinen Plan sehr zu interessieren verstanden! — Doch, das kümmert Euch ja nicht! Nun laßt euch einmal ansehen." Und voller Vaterstolz ruhten seine Augen auf den beiden Töchtern.

„Warum hast du die Smaragden nicht angelegt, Astrid? Dein Wunsch ging doch nach diesen Steinen."

„Für heut' abend hielt ich die Perlen am geeignetsten!" meinte sie.

„Heut' abend werdet ihr sicher die Schönsten im Kranze der Schönen von Westenfelde sein," und galant küßte er seiner ältesten Tochter die Hand.

„Wie du der Mächtigste unter den Mächtigen dort sein wirst Papa," entgegnete sie, sich noch stolzer aufrichtend. „Wer ist dir gleich hier?"

In seinen Augen leuchtete es auf. Ja, Astrid war sein Kind; sie hatte seinen stolzen Sinn geerbt — sie war ihm am ähnlichsten!

Endlich war die Geheimrätin in Toilette, und man konnte abfahren. —

Das Brautpaar stand an der Seite der Eltern und nahm die Glückwünsche der Gäste entgegen.

Dann wurde der Sohn des Hauses mit den Vermehrenschen Damen bekannt gemacht. Die Ueberraschung über diese strahlenden Erscheinungen verriet sich deutlich auf seinem hübschen, ein wenig bubenhaften Gesicht, und wie verzaubert folgten seine Augen der hohen Gestalt Astrids.

Seine Mutter hatte ihn beobachtet: sie freute sich über den Eindruck, den Astrid auf den Sohn gemacht.

„Adelheids neue Freundin!" sagte sie bedeutungsvoll, "und sie ist dir als Tischdame bestimmt."

„Willst du damit sagen, daß ich Attacke reiten darf, Mama?" fragte er rasch und erregt.

„Papa und ich würden nichts dagegen haben."

Mutter und Sohn sahen sich an; sie hatten sich verstanden. Peter Westenfeld war ganz im Bann von Astrid Vermehren. Das rasch entflammte Herz des schlanken Gardeulanen hatte schon entschieden: die oder keine! Ganz ohne den Gedanken an den Goldgrund, von dem ihre sieghafte Schönheit sich allerdings doppelt vorteilhaft abhob. Wonne war es ihm, als er im Tanze die schöne, stolze Gestalt im Arme halten durfte. Sehnsüchtig folgten Ursulas Augen ihrer Schwester, die sie brennend beneidete. Denn keiner der Herren gefiel ihr so gut wie Peter Westenfeld, und gerade er war es, der sich von allem am wenigsten um sie kümmerte, der nur Augen für Astrid hatte! Und das kränkte sie! Während einer Tanzpause saß Astrid bei dem jungen Brautpaar: Adelheide sah sehr glücklich aus. Lebhaft plauderte man miteinander. Es dauerte nicht lange, so gesellte sich Peter der kleinen Gruppe zu. Er neigte sich ein wenig über die Lehne von des Schwagers Stuhl, so daß er die feine Profil- und Nackenlinie Astrids studieren konnte.

Er seufzte tief auf.

„Nun, Peterlein, das kam weit her", lächelte seine Schwester zu ihm hin.

(Fortsetzung folgt.)

schen Vertretern eine Entschließung angenommen, welche besagt, daß sie vertrauensvoll die Geschicke Kurlands in die Hände des deutschen Kaisers und seines mächtigen Reiches legen. Gleichzeitig wurde die Ober-Ost-Regierung gebeten, dieser Landesversammlung zu gestatten, aus ihrer Mitte einen Landesrat zu wählen, welcher gemeinsam mit den Vertretern der Regierung die zukünftige Verfassung des Landes ausarbeiten sollte. Die Ober-Ost-Regierung hat diesem Wunsch Rechnung getragen und es erfolgte am nächsten Tage die Wahl dieses Landesrates, die in der Form vor sich ging, daß die Vertreter des Groß-Grundbesitzes ebenso wie die Vertreter der Städte aus ihrer Mitte die Kandidaten zum Landesrat ernannten, worauf diese dann einstimmig gewählt wurden. Auch unter den Vertretern der Städte sind Letten sowohl in die Landesversammlung, wie auch in den Landesrat gewählt worden.

Es ist nicht ersichtlich, wie man nun diese vollkommen rechtlich zustande gekommene Entschließung nicht als eine Aeußerung der Bevölkerung Kurlands anerkennen kann. Auch die kurländische Bevölkerung wird durch geheime Agenten der maximalistischen Bewegung während der ganzen Zeit der deutschen Besetzung dauernd terrorisiert, und nur das Vertrauen auf den Schutz des Deutschen Reiches hat die ohne jede Beeinflussung in den Wahlversammlungen gewählten Vertreter der Bevölkerung veranlassen können, in der Landesversammlung so offen ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Denn die Bevölkerung ist vollkommen von den grauenhaften Vorgängen unterrichtet, die sich fortgesetzt in den letzten zwei Monaten bis auf den heutigen Tag in Liv- und Estland abspielen und dort das ganze Land in eine Wüste verwandelt haben. Wenn nun eine zweite Abstimmung deutscherseits den Vertretern der Maximalisten zugesagt würde, womöglich auch noch eine Zurückziehung der Truppen aus Kurland, so könnte nicht verhindert werden, daß die zügellose Bande des Teils der einheimischen Bevölkerung, der 1915 bei dem deutschen Einmarsche zusammen mit den Russen geflüchtet ist und gemeinsam mit den russischen Truppen jetzt in Livland und Estland haust, ist seine Heimat nach Kurland zurückkehren und dort denselben Schrecken verbreiten würde wie nördlich der Düna. Statt der deutschen Besetzungstruppen würden wir den maximalistischen Terrorismus in Kurland haben und es ist ganz ausgeschlossen, daß unter solchen Umständen die Bevölkerung überhaupt noch einmal zur Wahl schreiten würde, nachdem sie zu der Einsicht gekommen wäre, daß sie keinen Schutz von Deutschland zu erwarten hat und daß die Maximalisten in Brest-Litowsk sich als mächtiger erweisen, als die Vertreter des siegreichen Deutschen Reiches. Wir haben es mit einer ländlichen Bevölkerung zu tun, die mißtrauisch und ängstlich ist. Und das Prestige des Deutschen Reiches wäre unter den vorstehend geschilderten Umständen nicht bei ihr allein, sondern überhaupt im Osten auf das Schwerste geschädigt.

Caillaux' Verhaftung.

Der Grund der Verhaftung.

)(Berlin, 17. Jan. Der „Vossischen Zeitung" zufolge läßt Clemenceau in der Presse erklären, die Depesche Lansings, die zur Verhaftung Caillaux geführt hat, werde veröffentlicht werden.

Interpellationen in der französischen Kammer.

WTB. Paris, 16. Jan. (Ag. Hav.) Die Kammer erörterte die Interpellation des Sozialisten Lafot über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenke, um den Richtgrundsätzen in der Angelegenheit der Untersuchung im Falle Caillaux Achtung zu verschaffen. Lafot wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Uebereinstimmung mit dem geltenden Rechte stattgefunden hätten. Eine Formalität würde unbeachtet gelassen, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Echtheit des aufgefundenen Schriftstückes nicht bestreiten.

Unterstaatssekretär Ignace erklärte: Als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörigen Geldschrankes erfahren habe, bat der Untersuchungsrichter die Behörden um die Ernennung eines Untersuchungsausschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden hätte. Von diesem Augenblicke an stand der Justizbehörde des fremden Landes die Oeffnung des Geldschrankes zu. Dieses geschah in aller Ordnung und auf loyale Weise. (Die äußerste Linke erhob Einspruch, die Mehrheit der Kammer blieb ruhig.)

Ministerpräsident Clemenceau antwortete von seinem Platze aus, er könne Lafot dasselbe antworten, was Ignace ihm gesagt habe, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiete souverän sei. Clemenceau sagte weiter: Wir haben einen Ausschuß an die italienische Regierung abgeordnet. Diese ist eine ehrenhafte Regierung. Sie haben kein Recht, zu den Untersuchungsbeamten kein Vertrauen zu haben, und zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetze verfahren habe, und wenn sie es täten, so wären wir nicht dafür verantwortlich.

Die einfache, von der Regierung angenommene Tagesordnung wurde mit 369 gegen 105 Stimmen angenommen.

*

Ueber den Kassenschrank Caillaux' in Florenz,

von dem auch in der Interpellation in der Kammer die Rede war, gab Frau Caillaux lt. „Frkf. Ztg." folgende Erklärung ab:

„Die Verhaftung meines Mannes ist mir unerklärlich und ich weiß nicht, ob sie auf die Oeffnung eines Kassenschrankes zurückzuführen ist, den er in Florenz gemietet hatte, und der offenbar auf Antrag der französischen Justiz von den italienischen Behörden geöffnet worden ist. Sicher hat aber der Inhalt dieses Kassenschrankes für die Verhaftung nicht entscheidend sein können, denn er enthält nur Silber und Schmuck unserer Familie, sowie Inhaberpapiere, die mir oder meinem Manne gehören. Wir haben diese Wertstücke im August 1914 aus den Pariser Banken weggenommen, wo sie sich damals befanden. Es handelte sich damals um eine angesichts der Kriegslage ganz begreifliche Maßnahme; der Wert der Schmucksachen kann mit 50 000 Frs., derjenige der Wertpapiere auf 300 000 bis 500 000 Francs geschätzt werden, je nach dem Kurse. Im übrigen hat Caillaux bei seiner Steuerreklamation diese Werte angegeben und auch sonst niemanden gegenüber ein Geheimnis daraus gemacht. Er hat auch selbst dem Untersuchungsrichter Hauptmann Bouchardon die Existenz dieses Kassenschrankes angezeigt, den er zum letzten Mal im Oktober 1916 geöffnet hat, also mehrere Monate vor der Zeit, wo er in Rom „konspiriert" haben soll. Es ist sehr leicht, das aus den Büchern der Bank in Florenz festzustellen. Im übrigen muß ich mich wundern, daß die Oeffnung des Kassenschrankes ohne die gesetzlich vorgeschriebene Gegenwart eines Vertreters meines Mannes vorgenommen worden ist."

Die feindlichen Heeresberichte.

WTB. London, 16. Jan. (Reuter.) Amtlicher Bericht aus Palästina: Trotz der schlechten Witterungsverhältnisse führte unser Luftdienst während der letzten Tage erfolgreiche Bombenangriffe auf das feindliche Fliegerlager in Jenin, 30 Meilen südöstlich von Haifa und auf die Station Amman an der Hedschas-Bahn, 47 Meilen nordöstlich von Jerusalem aus. In beiden Fällen wurden viele direkte Treffer auf die ins Auge genommenen Ziele festgestellt. Zwei unserer Flugzeuge werden vermißt. Im Abschnitt von Jerusalem herrschte eine beträchtliche Patrouillentätigkeit. Nördlich von Anisut, 10½ Meilen nördlich von Jaffa an der Küste kam es zu Zusammenstößen. In Bethlehem ist am 7. Januar Schnee gefallen.

Brest-Litowsk.

Die Verhandlungen von Brest-Litowsk, die sich in den ersten Tagen so glatt abwickelten, nehmen seit dem Eingreifen Trotzkis einen wenig erquicklichen, von ständigen Hemmungen begleiteten, trägen Verlauf. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, als wollten die russischen Unterhändler die Beratungen absichtlich hinausschleppen. Die entschiedenen und unzweideutigen Worte, mit denen General Hoffmann das gegenseitige Verhältnis der beiden verhandelnden Parteien einmal festgelegt hat, haben wenigstens etwas Klarheit in die Verhandlungen gebracht. Sie haben die russischen Delegierten in die ihnen als Besiegte gebührenden Schranken zurückgewiesen und haben ihnen gezeigt, daß die Vertreter der Verbündeten nicht gewillt sind, sich von den Delegierten der Bolschewiki auf der Nase herumtanzen zu lassen.

Damit sind aber die Verhandlungen selbst noch nicht weiter gebracht. Immer wieder rennen unsere vom besten Willen geleiteten Unterhändler gegen die verschrobene ideologische Weltanschauung der russischen Revolutionsregierung an. Die Hauptschwierigkeiten drehen sich jetzt um die Frage der Räumung und der Volksabstimmung in den besetzten Gebieten. Die russischen Unterhändler stellen hier derartige Forderungen, daß man meinen könnte, die von uns eroberten Provinzen des ehemaligen Zarenreiches seien noch tadellos intakte Teile der jetzigen Republik. Trotzki will allem Anschein nach die erobert[illegible] Gebiete nicht unter deutschen Einfluß kommen lassen; er will dort lettische und esthnische Zweigrepubliken gründen, die der neuen großen Bolschewiki-Bundesrepublik angegliedert werden sollen. Darauf aber kann die deutsche Regierung schon mit Rücksicht auf die unbedingt notwendige Grenzsicherung unter keinen Umständen sich einlassen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben noch einmal erklärt, daß sie nicht die Absicht haben, sich die von ihnen jetzt besetzten Gebiete einzuverleiben. Damit müssen sich die Bolschewiki zufrieden geben. Die Verbündeten sind den Russen damit schon weit genug entgegengekommen. Die feste Haltung, die die Herren v. Kühlmann und Hoffmann jetzt in Brest-Litowsk einnehmen, läßt erkennen, daß sie nicht gewillt sind, vor den anmaßenden Forderungen der Bolschewiki in einer grundlegenden Frage auch nur noch einen Schritt zurück zu weichen. Es ist jetzt Sache der Russen, aus ihrer unfruchtbaren Verbohrtheit den Weg zurückzufinden auf den Boden praktischer Verständigung. Die Möglichkeit dazu ist jetzt noch durch die neuesten Kompromißvorschläge in weitgehendem Maße vorhanden.

Wir hatten bereits im gestrigen Abendblatt die Grundzüge der Verhandlungen vom 14. Januar mitgeteilt. Ueber die Beratungen liegt heute der folgende ausführliche Bericht vor:

WTB. Brest-Litowsk, 16. Jan.

Trotzki entgegnet.

Am 14. Januar um 5 Uhr nachmittags hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre 4. Sitzung ab.

Staatssekretär von Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Regierung ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er halte aber die Art, gegenseitig mit formulierten Schriftstücken zu verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und wenig förderlich. Es werde sich empfehlen, die Materie durchzusprechen und dann von beiden Seiten je einen Herrn zur Redaktion zu beauftragen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und, falls dies nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte festlegen.

Hierauf gelangte

die materielle Antwort der Verbündeten

zur Verlesung, in der es heißt:

Die russischen Vorschläge, betreffend die besetzten Gebiete Rußlands, weichen dermaßen von der Ansicht der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Sie tragen nicht den Charakter des Kompromisses, sondern stellen einseitige russische Forderungen dar. Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formulierend ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und einen Versuch zu unternehmen, ob der von ihnen angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung behalten könne. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen breiter Klassen der Bevölkerung auszudrücken. Von großer Bedeutung für die Frage der Entstehung von Staatspersönlichkeiten ist das Urteil des Obergerichtshofes in Washington vom Juni 1808, in dem ausgeführt worden ist, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündigung ihrer Unabhängigkeit — d. i. seit dem 4. 7. 1776 — ganz unabhängig von einer Anerkennung seitens Englands im Vertrage von 1882 (Flore Droit, International Codicep 160).

Die verbindeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche tatsächliche Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind, ebenso davon, daß von der russischen Regierung deswegen die Grundausgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtungen und der internationalen Rechte besteht.

In diesem Zusammenhang wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableite, für die Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will.

Hält man sich aber — wie die russische Delegation dies tut — auf dem Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat der Umfang des Territoriums, die politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, das Uebergangsregime und die Form der Willenskundgebung

die vier Punkte,

über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu eins. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können ihre Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Gebiete maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden auch historisch angesehene Einheiten. Deutschland und Oesterreich haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben, sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand vorbehalten.

Zu zwei: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen werden: Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Das Bild einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evacuierten betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu drei. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug, und bedarf einer weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu vier. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren könne. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch ein Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. die Ukraine und Finnland, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgen.

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundsätze ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihre Gebiete angrenzen, instand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in den Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten.

Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen und wenn es, anstatt des Versuchs, einseitige Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

*

Hierauf ergriff Trotzky das Wort

und erklärte, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltene Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle die Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlung aus dem allgemeinen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als formelle Erklärung an.

Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois stemple, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Machtfuße. In der ganzen Geschichte kennt man bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, so lange werde auch die Macht einer Regierung auf der Macht begründet und durch Gewalt ihre Herrschaft behauptet.

Er müsse aber auf das kategorischste gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden als vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch macht, und in der sie sich durchaus nicht beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versuchte, auf russischem Gebiet Gewaltmaßregeln gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, das gesamte Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Anschließend daran führte Trotzki folgendes aus: Was die beiden Beispiele anbetrifft, die General Hoffmann anführte, so charakterisieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erkundigungen eingezogen über den weißrussischen Kongreß. Dieser Kongreß setzte sich zusammen aus Vertretern der weißrussischen Agrarier und hatte versucht, sich einer derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, die Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen.

*

Vertrauliche Besprechungen.

WTB. Brest-Litowsk, 16. Jan. Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegierten der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär v. Kühlmann einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herstel-

Zweck eines prinzipiellen Einvernehmens über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

Der bayerische Vertreter.

WTB. Berlin, 17. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der bevorstehenden Entsendung des Königl. Bayerischen Staatsministers a. D. Grafen v. Podewills nach Brest-Litowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Anschluß an das Versailler Uebereinkommen vom 23. Januar 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und preußischerseits am 14. Februar 1871 ratifiziert wurde. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter S. M. des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichskanzler, seine Instruktionen erhält.

*

Der Weg zur Klärung.

() Berlin, 16. Jan. In einem Artikel „Die Erklärung in Brest-Litowsk" sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Die Antwort des Vierbundes, die die Unterlagen für die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk bilden, bedeutet sicherlich einen ausgiebigen Schritt zur Klärung und damit zur Verständigung. Wenigstens ist die letztere Folgerung berechtigt, wenn und solange beide Teile ihre Aufgabe darin erblicken. Herr Trotzki hat auch in seiner Antwort anerkannt, daß die Antwort der Mittelmächte jedenfalls die formellen Schwierigkeiten beseitigt. Darauf beschränkt sich aber ihre Wirkung keineswegs. Vielmehr erstreben sie vor allem eine Klärung dahin, daß die Mittelmächte den Weg zur Verständigung in einem Kompromiß sehen, das mit den Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, rechnet. In den vier Punkten, worin diese Tatsachen zusammengezogen wurden, sehen die Mittelmächte eine Unterlage, die ein Kompromiß noch möglich erscheinen läßt. Offenbar wird damit der Gegensatz, der noch zwischen den beiden Parteien besteht, verringert, und vor allem der Weg gefunden, auf dem er überwunden werden kann. Der Gegensatz wird vertieft dadurch, daß die russischen Forderungen sich auf dem Boden der Theorie bewegen, während die deutschen Vorlagen Tatsachen zur Unterlage haben und gerade darin eröffnet sich auch die Möglichkeit seiner Ueberwindung. Wenden auch die russischen Vertreter ihre Verständigungsabsichten von der Theorie wieder zur Praxis und stellen sie sich damit auf den Boden der Tatsachen, so ist die Brücke gefunden, auf der beide Teile zusammenkommen werden. Diese Klärung ist ein wesentlicher Fortschritt, wenn auch die andere Seite die Verständigung wirklich sucht.

„Der geistige Ringkampf".

() Berlin, 16. Jan. Im „Berliner Lokalanzeiger" heißt es: Ein geistiger Ringkampf ist es, der sich in Brest-Litowsk abspielt. Herr Trotzki ist ein geschickter Debatter. Er nimmt auch kein Blatt vor den Mund und weiß unangenehmen Feststellungen mit Eleganz auszuweichen. Es ist ein Schauspiel, an dem man in Friedenszeiten mehr oder weniger Gefallen finden kann, in Kriegszeiten wird man solchen Redeübungen nur mit wachsender Ungeduld folgen. Ist doch gerade Herrn Trotzki für seine verschleppende Kunst genügend Zeit gelassen worden.

*

Die Rede des Reichskanzlers.

)(Berlin, 16. Jan. Die Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling im Hauptausschuß des Reichstages, die für Freitag erwartet wurde, ist, wie neuerdings in parlamentarischen Kreisen verlautet, nunmehr noch weiter hinausgeschoben worden. Es gilt nicht für unwahrscheinlich, daß der Reichskanzler erst in der nächsten Woche sprechen wird, zumal definitives aus Brest-Litowsk nicht vorliegt.

Die Besprechungen mit den Parteiführern.

):(Berlin, 16. Jan. Wie der „Berl. Lokalanz." erfährt, sind die Parteiführer gestern abend wiederum von dem Unterstaatssekretär Frhrn. v. d. Busssche im Auswärtigen Amte zu einer Besprechung über die Lage empfangen worden. An der Besprechung nahm auch der Referent für die russischen Angelegenheiten, Legationsrat Trautmann, teil.

Badischer Landtag.

Die Neuwahl des Präsidenten der Zweiten Kammer.

* Die Oberrheinische Korrespondenz meldet: Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Neuwahl des Präsidenten der Zweiten Kammer, die durch die Ernennung des Abg. Dr. Zehnter zum Oberlandesgerichtspräsidenten und durch sein Ausscheiden aus der Zweiten Kammer nötig wird, erst dann erfolgen wird, wenn Dr. Zehnter sein neues Amt antreten wird. Der Zeitpunkt seines Amtsantritts steht aber noch nicht fest, sodaß die Präsidentenwahl nicht so rasch erfolgen dürfte.

*

Aus den Kommissionen der Zweiten Kammer.

B.L.C. Karlsruhe, 16. Jan. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Budgetkommission gab der Vorsitzende Abg. Rebmann ein Schreiben des Abg. Geck bekannt, in dem dieser die Zulassung zu den Kommissionssitzungen mit beratenden Stimme beantragte. Dem Ersuchen wurde durch die Kommission stattgegeben. Hierauf wurde die zurückgestellte Position aus dem Budget des Großh. Hauses, außerordentlicher Zuschuß zur Zivilliste 600 000 ℳ, zur Abstimmung gestellt. Nach Erklärungen der einzelnen Fraktionen und des Staatsministers wurde die Position gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten genehmigt. Der Berichterstatter erbat Auskunft über die Bevölkerungsbewegung, Sterblichkeit infolge von Tuberkulose, Ablieferung der Glocken usw. Der Staatsminister stellte das Material darüber in Aussicht. Der Wunsch, daß die Denkmäler, namentlich minderwertige, vor den A-Glocken abgeliefert werden, ist an das Ministerium des Kultus und Unterrichts zu richten. Ein Abgeordneter gab Zahlen über die Tuberkulosesterblichkeit in einer Anzahl Tabakindustrieorte und bat um Abhilfe. Es sollen Lungenheilstätten wegen Nichtbelieferung durch die Kommunalverbände geschlossen worden sein. Ein Redner klagte über die Zurücksetzung der Druckereien seiner Parteirichtung bei Vergebung von Arbeiten. Der Minister erklärte, daß er gegenteilige Weisungen gegeben habe und sprach die Hoffnung aus, daß unsachliche Erwägungen bei der Vergebung der Drucksachen nicht maßgebend gewesen seien. Ein Redner wünschte die Vereinfachung des Verkehrs der Staatsbehörden mit den Gemeindebehörden, Ausschaltung des Zwischenverkehrs durch die Bezirksstellen und nahm den Leiter der Mannheimer Versammlung der Vaterlandspartei in Schutz, der gar nicht anders handeln konnte, wenn er Unglück verhüten wollte. Der Minister sagte Vereinfachung und Abhilfe zu. Er habe nicht sagen wollen, daß der Mannheimer Polizeibeamte nicht das Richtige getan habe, wenn er auch zugebe, daß seine Ausführungen anders ausgelegt werden können. Ein Redner bemängelte den häufigen Wechsel auf einem Bezirksamte. Der Minister erklärte dies aus zahlreichen Erkrankungen von Dienstinhabern. Die Frage der Abschaffung der Landeskommissariate wurde zurückgestellt. Es wurde bemängelt, daß die Erhöhung der Familienunterstützungssätze nicht in dem Sinne allgemein erfolgt sei, wie es der Reichstag gewünscht habe. Die Archivalien der Gemeinden vor dem Jahre 1806 sollen abgeliefert werden. Für das Eichwesen sind neue Abfertigungsstellen nicht errichtet worden, weil hierfür kein Personal vorhanden ist. Der Berichterstatter fragte über die Abschaffung des Par. 153 G.W.O., das Nachtbackverbot, die Schaffung des Reichswirtschaftsamtes und die Besetzung mit Beamten aus Baden. Er erbat Statistik über die Schatzgesetzhandhabung und Lohnstatistik. Der Minister verwies auf die Erklärung des Reichskanzlers wegen des Par. 153 G.W.O. Die Statistiken über die Löhne usw. wurden zugesagt. Ferner wurde die Feierschicht in den Waffen- und Munitionsfabriken besprochen und die Unterstützung der Textilarbeiter.

△ Karlsruhe, 17. Jan. Die Schulkommission der 2. Kammer hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab und beschloß für die Anträge sowohl, wie auch für die Vorschläge des Bad. Lehrervereins und die vom Unterrichtsministerium zu erwartenden Vorschläge über die Abänderung des Gesetzes über das Fortbildungsschulwesen nur einen Berichterstatter zu bestellen und zwar damit den Abg. Rohrhurst (nat.-lib.) zu betrauen.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 17. Januar 1918.

= Aus dem Hofbericht. Der Großherzog hörte gestern vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb. Später empfing Seine Königliche Hoheit den Stellvertretenden Kommandierenden General Generalleutnant Isbert. Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

= Fürstliche Spenden. Großherzogin Luise hat 1000 ℳ, die ihr zur Verfügung gestellt wurden, dem Badischen Landesausschuß von Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz überwiesen. Ferner hat Ihre Königliche Hoheit dem Fabrikarbeiterinnenheim den Betrag von 3000 Mark zugewiesen.

= Belohnung. Das Ministerium des Innern erläßt in den amtlichen Verkündigungsblättern eine Bekanntmachung, wonach für das Ergreifen der Insassen feindlicher Flugzeuge eine Belohnung bis zum Betrage von 1000 ℳ ausgesetzt wird. Es soll hierdurch die Bevölkerung zu schärfster Aufmerksamkeit auf solche Flugzeuge angespornt werden, um den Versuchen unserer Feinde zu begegnen, in dieser Weise Spione auszusetzen.

Na. Bei Fliegeralarm ist folgendes zu beachten: Deckung suchen — alle Lichter, die einen Schein nach außen werfen, auslöschen — Haustüren öffnen — Straße nicht wieder betreten bevor die Schlußsirene ertönt oder der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen ist. — Besonders der letzte Punkt wird leider trotz aller Mahnungen viel zu wenig beachtet. So eilten beim letzten Fliegerangriff hunderte von Neugierigen an die Einschlagstellen der Bomben lange bevor das Schlußzeichen der Sirene ertönte, die Gefahr eines weiteren Angriffs also noch nicht vorbei war. Ein solch leichtfertiges Benehmen kann nicht scharf genug getadelt werden.

Na Die Reinigung der Straßen und Gehwege. In den letzten Wochen wurde vielfach geklagt über den schlechten Zustand der Straßen und Gehwege. Bei Schneefall blieb der Schnee an manchen Stellen tagelang liegen, bei Glatteis bildeten die von der Jugend angelegten Schleifen große Gefahr für die Fußgänger und bei Tauwetter wurde Schneewasser und Eisbruiten nur in ungenügender Weise und zu spät von den Gehwegen entfernt. Wenn auch der Mangel an Arbeitskräften, der auch die Instandhaltung der Fahrstraßen außerordentlich erschwerte, bis zu einem gewissen Grade als Entschuldigung gelten kann, so hätte doch bei Zusammenfassung der verfügbaren Kräfte für eine bessere Säuberung der Gehwege gesorgt werden können. Vor allem erscheint die ortspolizeiliche Vorschrift über die Verpflichtung der Hauseigentümer und Hausbewohner, bei der Reinigung der Gehwege ganz in Vergessenheit geraten zu sein. Diese ortspolizeiliche Vorschrift besagt:

Bei Eisbildung sind die Gehwege mit Sand oder Asche zu bestreuen und das Gehen erschwerende Unebenheiten der Eis- und Schneedecke zu entfernen. Ist so reichlich Schnee gefallen, daß dadurch das Gehen erschwert wird oder ist Tauwetter eingetreten, so ist der Schnee sofort von den Gehwegen zu entfernen. Die Verbindlichkeit hierzu liegt dem Eigentümer des angrenzenden Grundstückes ob, welchem jedoch das Recht zusteht, einen an seiner Stelle haftenden Stellvertreter zu bestimmen und der Ortspolizeibehörde namhaft zu machen.

Die Durchführung dieser Bestimmung ließ leider viel zu wünschen übrig. Dies wäre aber umso leichter gewesen, wenn die zur Reinigung der Gehwege verpflichteten Hauseigentümer die Einhaltung der Bestimmungen der Mietverträge gefordert hätten, durch die auch die Mieter zur Beihilfe der Reinigung der Gehwege bei Schneefall dem Hauseigentümer gegenüber verpflichtet sind. An die gesamte Einwohnerschaft wird deshalb dringende Bitte gerichtet, in Zukunft nach bestem Können mitzuhelfen an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Reinlichkeit auf den Gehwegen. Bei allseitigem guten Willen werden sich auch diese Schwierigkeiten überwinden lassen.

Eine weitere allgemeine Klage bildet zur Zeit die Gefährdung der Straßensicherheit durch Wagen, Karren und andere Gegenstände, die Nachts unbeleuchtet auf der Straße stehen bleiben. Da es gegenwärtig nicht möglich ist, solche Verkehrshindernisse so zu beleuchten, wie dies in den ortspolizeilichen Vorschriften vorgesehen ist, sollten eben die Straßen von Wagen und Karren nachts möglichst freigehalten werden. Sie bilden eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der Fußgänger. Es sei übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß der Mangel an Beleuchtungsmitteln die Eigentümer solcher nächtlichen Verkehrshindernisse von der Verpflichtung zum Schadenersatz bei etwaigen Unfällen nicht befreit; die Haftbarkeit bleibt bestehen. Im übrigen ist es Sache der Ortspolizeibehörden, auf diesem Gebiete der Beachtung der ortspolizeilichen Vorschriften im Rahmen des zur Zeit Möglichen Geltung zu verschaffen.

= Große Störungen im Telephonverkehr. Der orkanartige Sturm der während des ganzen Mittwoch herrschte hat zu großen Störungen im Fernsprechverkehr geführt. Während es am Vormittag des gestrigen Tages noch möglich war, auswärtige Gespräche zu erledigen war am nachmittag ein großer Teil der Fernleitungen unterbrochen. Die Verbindung nach Berlin war völlig zerstört.

= Sturmschäden. Im Rheinhafen hier hat der Sturm die Verladebrücke einer Speditionsfirma, trotzdem der Krahnenführer die Brücke elektrisch bremste, gegen die beiden Prellböcke gestoßen und sodann aus der Sicherung geworfen. Der Firma ist dadurch ein Schaden in Höhe von etwa 50 000 ℳ entstanden. — Im Stadtteil Daxlanden warf der Sturm das Kiesdach eines Stall- und Remisegeländes, welches eine Länge von 22 Meter und eine Breite von 6 Meter hatte, vollständig vom Gebäude herunter, wodurch dem Eigentümer ein Schaden von etwa 3000 ℳ entstanden ist.

= Betriebsstörung auf der Albtalbahn. Durch den furchtbaren Sturm, der gestern nachmittag gegen 5 Uhr einsetzte, wurde in der Ettlinger Allee ein großer Pappelbaum entwurzelt und quer auf das Gleis der Albtalbahn zwischen Bahnhof Beiertheim und Haltepunkt Klein-Rüppurr geworfen. Es entstand eine mehrstündige Betriebsstörung, da die elektrische Fahrleitung der Bahn auf größere Länge heruntergerissen war und Dampfbetrieb zu Hilfe herangezogen werden mußte. Ein nach Ettlinger fahrender Motorwagenzug der Albtalbahn konnte dank der Geistesgegenwart des Wagenführers, der den gestürzten Baum noch rechtzeitig bemerkte, durch die Notbremse unmittelbar vor dem Hindernis zum Halten gebracht werden, so daß irgend welche Verletzungen von Personen und weiterer Materialschäden nicht eintraten.

= Großh. Konservatorium für Musik. Das Vorspiel der Vorbereitungsklassen am Mittwoch den 16. Januar hatte folgendes Programm: 1. a) Walzer, b) Wächterlied, c) Elfentanz von E. Grieg (Lioba Rößler); 2. a) Im Abendrot, b) An der Waldquelle, c) Schmetterlingsspiel von P. Zilcher (Lorle Drach); 3. a) Reigen 4händig, von R. Schumann, b) Kindermarsch, 4händig, von Fr. Schubert (Elsa und Lore Mornhinweg); 4. Trio für Klavier für Violine und Violoncello von Ed. Klassert (Klavier: Gertrud Baumann, Violine: Arnold Hesselbacher, Violoncello: Willy Müller); 5. Der Abschied von J. L. Dussek (Hilde Paulus); 6. a) Walzer, b) Wächterlied, c) Vaterländisches Lied von E. Grieg (Wilma Nagel); 7. Rondo A-dur von Kuhlau (Ernst Norlock); 8. a) Albumblatt von E. Grieg, b) Murmelnder Bach von Meyer-Olbersleben (Hildegard Dohmen); 9. a) Arietta von G. Lazarus, b) Kleiner Walzer von C. Gurlitt (Friedhilde Bauser); 10. Zwei Etuden von St. Heller (Elisabeth Schmitt); 11. Sonate F-dur 1. Satz für 2 Klaviere von W. A. Mozart (Lene Drach und Frida Koch); 12. Sonatensatz von J. Haydn (Kurt Leberle); 13. 4. Präludien op. 119 von St. Heller (Benno Kämpfe); 14. Serenade von A. Jensen (Walter Ludwig). Das nächste Vorspiel (Ausbildungsklassen) findet Mittwoch den 30. Januar, abends 6½ Uhr statt.

= Fußball. Das am vergangenen Sonntag hier stattgefundene Verbandswettspiel der Klasse B Ettlingen gegen Konkordia Karlsruhe gewann Ettlingen gegen die mit nur 9 Mann angetretene Konkordia mit 3 zu 0 Toren. Das Städtespiel in Mannheim kam nicht zum Austrag infolge der schlechten Platzverhältnisse.

*

Amtliche Nachrichten.

* Der Großherzog hat aus der Zahl der von dem Erzbischöflichen Ordinariat der Großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber auf die katholische Pfarrei Gottenheim, Dekanats Breisach, den bisherigen Anstaltsgeistlichen Karl Frey in Bethania in Hetters Heim designiert, auf die katholische Pfarrei Gündlingen, Dekanats Breisach, den Pfarrer Joseph Grieshaber in Hepbach ernannt und aus der Zahl der von dem Erzbischöflichen Ordinariat der Großh. Regierung vorgeschlagenen drei Bewerber auf die katholische Pfarrei Gurtweil, Dekanats Waldshut, den bisherigen Kaplaneiverweser und ref. Pfarrer Eduard Fehringer auf dem Lindenberg bei St. Peter designiert.

* Der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Hepbach, Dekanats Linzgau, dem Pfarrer Franz Joseph Blattmann in Gündlingen verliehen.

* Der von dem Fürsten Emich zu Leiningen auf die Pfarrei Sinsheim, Dekanats Waibstadt, präsentierte bisherige Pfarrverweser Wilhelm Restle in Sinsheim ist am 3. September v. J. kirchlich eingesetzt worden.

* Das Ministerium des Innern hat den Verwaltungsaktuar Wilhelm Gaiser beim Bezirksamt Schopfheim zum Amtsaktuar ernannt.

Letzte Drahtberichte.

* Zürich, 16. Jan. Der „N. Z. Ztg." zufolge vernimmt die Agentur „Stefani" von der Front, daß der Sohn des Ministerpräsidenten Orlando, Artillerieleutnant Carlo Orlando, am Freitag an der Piavefront erheblich verwundet wurde.

* Bern, 16. Jan. Wie das Berner Tageblatt berichtet, ist in Arosa in der Schweiz Hauptmann Kurt Freiherr v. Hölzendorf, der Sohn des österreichischen Feldmarschalls, an den Folgen einer im Krieg zugezogenen Krankheit gestorben.

Entgleisung eines Urlauberzuges.

WB. Saarbrücken, 16. Jan. (Amtlich.) Der Urlauberzug 262 ist heute morgen bei Kirn infolge Dammrutsches entgleist. Maschine, Packwagen und zwei Personenwagen sind abgestürzt, es gab Tote und Verletzte. Nähere Feststellungen über deren Zahl liegen noch nicht vor.

— Eine Kältewelle.

——* Basel, 16. Jan. Laut „Basl. Nachr." wird aus Paris gemeldet, über Nordamerika gehe eine neue Kältewelle, die sich von West nach Ost ausdehne. Man nimmt an, daß sie in Bälde Europa erreicht.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

() Berlin, 17. Jan. Die „Vossische Zeitung" erfährt aus dem Reichstage: Wann die politische Debatte im Hauptausschuß des Reichstages wieder aufgenommen wird, ist noch ungewiß. Wie verlautet, wird der Hauptausschuß am Donnerstag und an den folgenden Tagen die Frage der Zensur ausgiebig behandeln.

Attentatsversuch auf Lenin.

WTB. Petersburg, 16. Jan. (Nicht amtlich. Pet. Tel.-Ag.) Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf ihn vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Deutsch-russischer Warenaustausch.

* Berlin, 16. Jan. Aus Stockholm wird der „Nationalzeitung" berichtet: „Rjetsch" meldet: Von der Station Siegewold ist eine regelmäßige Automobilverbindung nach Riga eingerichtet worden. Alle Automobile, die durch Soldaten begleitet werden, führen nach Riga Rohstoffe und Lebensmittel ein, und aus Riga werden mit denselben Automobilen große Mengen chemischer Produkte, Farben, sowie Metallerzeugnisse und Schuhwerk nach Siegewold gebracht. Schuhe werden in Riga zu sehr billigen Preisen, 10 bis 15 Rubel das Paar, verkauft, in Rußland zu einem fast zehnmal höheren Preis weiterverkauft.

Explosionen.

WTB. Berlin, 16. Jan. In einem Werke der Allg. Elektr.-Gesellschaft, Brunnenstraße 197, entstand gestern vormittag aus unbekannter Ursache eine schwere Explosion. Von den in dem Raum anwesenden Personen wurde eine Frau sofort getötet. Durch herumfliegende Glas-, Eisen- und Holzsplitter wurden mehrere Arbeiterinnen verletzt.

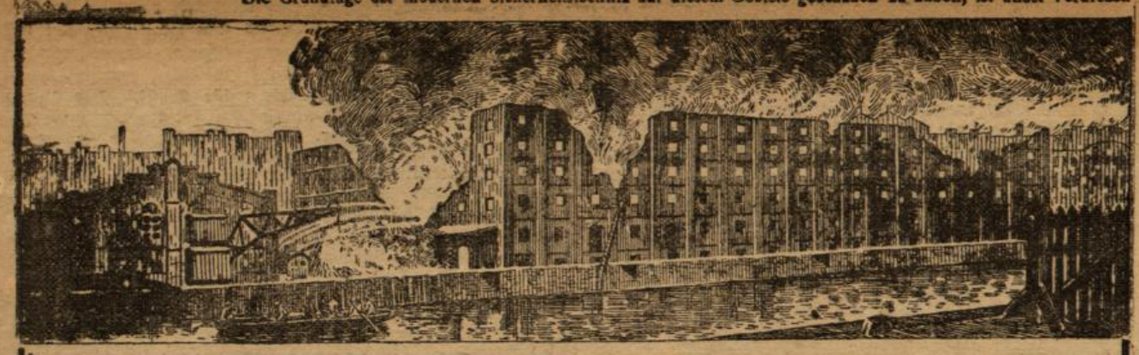
WTB. Budapest, 16. Jan. In Anina Banyen, Komitat Krasse, Szoverny, hat in Hungaria-Schacht, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Bisher wurden zwei Tote und 35 Verletzte geborgen. Die Zahl der Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

Gerichtsverhandlungen.

⁂ Heidelberg, 15. Jan. Der Milchhändler Friedrich Ludwig Adolf Arnold, seine Tochter Luise, seine Ehefrau Augusta Johanna Arnold und die Ehefrauen Franziska Grobs und Barbara Knoll waren vom Schöffengericht wegen Diebstahls und Hehlerei verurteilt worden. Arnold und seine Tochter hatten als Angeklagte der Molkerei G. m. b. H. Milch gestohlen und sie an die Frauen Grobs und Knoll verkauft. Auf die Berufung der Verurteilten wurden die Strafen auf 4 Monate für Arnold, je 1 Monat für die Tochter und die Frau Arnold, je 100 ℳ Geldstrafe für die Grobs und die Knoll ermäßigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Grundlage der modernen Sicherheitstechnik auf diesem Gebiete geschaffen zu haben, ist unser Verdienst.



120 000 Liter Benzin

im brennenden Automobilbahnhof der Allg. Berliner Omnibus-A.-G. dank der Sicherheitsanlage M. & H. vor Explosion u. Verbrennung geschützt

Fliegergefahr

nötigt zur zuverlässigsten Sicherung aller Vorräte an

feuergefährlichen Flüssigkeiten

wie sie allein durch das bei schweren Brandkatastrophen vielfach bewährte System „Martini–Hüneke“ geboten wird.

8004

Martini & Hüneke Maschinenbau-Akt.-Ges. **Berlin SW**

Zweiggesellschaften: Wien, Budapest, Mailand, Paris, Warschau, Amsterdam, New York

---

Ich habe meine ärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen. — Sprechstunden: 3—5 Uhr.

Meine Privat-Frauenklinik

ist von Maxaustraße 29 nach 1079

Händelstraße 18 verlegt.

Dr. Eduard Ihm, *Frauenarzt.*

Höchst zeitgemäße Neuerscheinung auf Grund authentischen, zum Teil wenig bekannten Materials bearbeitet!

Papst, Kurie u. Weltkrieg.

Von einem Deutschen.

Gr. 8° 160 S. Preis Mk. 2.50 12005

Das Buch gibt eine Antwort auf die Frage: „Was hat Deutschland von der Friedensvermittlung des Papstes zu erwarten“ und ist für jeden gebildeten Deutschen von großem Interesse, besonders unentbehrlich für Politiker, Historiker und Theologen!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder gegen Einsendung des Betrages vom

Säemann-Verlag, Berlin W. 35.

Von **D. theol. und phil.**

Pfarrer Adolf Bolliger, Zürich-Neumünster

dem rühmlichst bekannten Verfasser der **„Tatsachen“** und **„Deutschlands Recht“** erscheint soeben in zweiter Auflage eine Schrift über

Weltkrieg und Gottesreich.

Wahrheit und Klarheit atmet die Schrift und einen heiligen Zorn auch über die Lauen, die in Weltenwenden und Schicksalsstunden nicht den sittlichen Mut finden können, sich zu Kultur und Blut der **deutschen Stammesgenossen** zu bekennen. Ueber die Zentralmächte und ihr Kriegsziel, sowie über den Weltkrieg als eine gewaltige Offenbarung des Gottesreiches, hat Pfarrer D. Bolliger Worte von Kraft und Empfindungen, von unendlicher Tiefe gefunden.

Das in neuer Auflage erschienene, 240 Seiten starke Buch ist von uns zum Preise von M. 1.80 zu beziehen.

Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung G. m. b. H.

Karlsruhe, Hirschstraße 9. Telephon 400.

Bei den

städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und **Adlerstraße 35,** Fernsprecher Rathaus

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt. B2

Das städtische

Kurhaus Herrenalb (Schwarzwald)

Sanatorium für innere Krankheiten

ist ab Februar 8005

wieder eröffnet.

Fundsachen

in den städtischen Volksschulen.

1. **Gartenstraßeschule,** Bismarckstr. 8.
   1 Regenschirm.
2. **Gutenbergschule** (Knabenabteilung) Kaiserallee 6.
   11 Mützen, 4 Hüte, 2 Umhänge, drei Schirme.
3. **Rebeniusschule** (Mädchenabteilung) Schützenstraße 35.
   3 Umhänge, 2 Jacken, Handschuhe.

Obige Fundgegenstände können von ihren Eigentümern in der Zeit vom 17. Januar bis 6. Februar in den betr. Schulen abgeholt werden. H 14

Volksschulrektorat.

Bad. Leib-Grenadier-Verein Karlsruhe (e.V.)

Protektor: Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Baden.

Samstag, 9. Febr. d. J., abends 1/2 8 Uhr

findet im Restaurant **„Goldener Adler“,** Karl-Friedrichstraße 12 hier, großer Saal, die

Ordentliche General-Versammlung

mit satzungsgemäßer Tagesordnung statt. Anträge für die Generalversammlung sind längstens bis **Sonntag, den 27. Jan. 1918** an den Herrn I. Vorsitzenden einzureichen. 1083

Der Verwaltungsrat.

Brennholz-Verkauf!

Buchen und eichen, gesägt	per Ztr.	Mk. 4.90
Buchen u. eichen, gesägt und gespalten	per Ztr.	Mk. 5.10
für alle Heizungen zum Strecken des Bedarfs von Kohlen und Koks verwendbar.		
Tannen und Forlen, gesägt	per Ztr.	Mk. 5.90
Tannen und Forlen, gesägt und grob gespalten	per Ztr.	Mk. 6.10
Tannen und Forlen, gesägt, fein gesp., Anfeuerholz	per Ztr.	Mk. 6.80

ab Lagerplatz **Schlachthofstraße 13.**

Auf Wunsch zugeführt und ins Haus geschafft zum Selbstkostenpreis.

Bitte genau auf Adresse und Tele-Ruf zu achten.

Verkauf nur nach Gewicht.

Ludwig Braun

Holzhandlung. Telephon 5222.

Büro: **Veilchenstraße 18/20.** 1070

Gaskoks

Stück- und Nußkoks

berechnen wir vom **15. Januar d. J.** an bis auf weiteres J 4

den Zentner zu M. 2.40 ab Werk.

Karlsruhe, den 14. Januar 1918.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

---

gusseis. 3,3 kg Gew.

nur gr. Posten liefert 8003

Hupfeld, Cassel

Eisengrosshandlung.

Für meine Leihanstalt suche ich Flügel und Pianos zu kaufen

und erbitte Angebote. 1012

Ludwig Schweisgut, Hoflieferant Karlsruhe, **Erbprinzenstraße 4.**

Brennholz-Abgabe.

Im **alten städt. Gaswerk, Kaiserallee 11,** wird bis auf weiteres an **Werktagen** von **9 bis 12 Uhr vormittags** und von **2 bis 5 Uhr nachmittags**

Forlen- und Tannen-Brennholz

grob gespalten, zum Preise von **Mk. 5.60** für den Zentner ab Lagerplatz, in Kopfmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben. J 5

Die Zufuhr des Holzes kann nicht übernommen werden.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Gleise,

Kippwagen, Weichen, Lokomotiven usw.

kaufen stets gegen sofortige Barzahlung in belieb. Mengen

Gebrüder Eichelgrün

Straßburg i. Els. *2505

Es ist ratsam,

die ältesten **Pelze u. Muffe** reparieren u. ändern zu lassen. Tadellose u. billige Ausführung **Douglasstr. 8, part.** 101

Trauer-Hüte

stets vorrätig. — Auch Pelze werden billigst umgearbeitet. 595

H. Binzel, Schützenstrasse Nr. 7.

Das Schwimmbad im Städt. Vierordtbad

ist ab **Freitag, den 18. ds. Mts.**

wieder geöffnet.

G 4 **Städt. Badverwaltung.**

Greif Institut Detektiv

Schlossplatz 8, part

E. Geugelin, früh. Polizeibeamter besorgt überall **Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen** etc. Durchaus routiniert. **Telef. 1252.** 1202

Ausgekämmte Frauenhaare

kauft 1005

Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstraße 32.

Diwans!

sehr schöne, neue, zu verkaufen

Polsterei R. Köhler

Schützenstr. 25. 823

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Donnerstag, den 17. Januar, A 29 (rote Karten):

Das Glöckchen des Eremiten.

Anfang 7 Uhr. Ende nach 3/4 10 Uhr.